Freitag, 11. November 1938 | 20 Pfg. | Reichsausgabe | 83. Jahrgang | Nr. 576 – 577

BEZUGSPREIS
für zweimalige Ausgabe und Reichsausgabe (einmal täglich, vereinigt Abendblatt, I. und II. Morgenblatt) in Deutschland monatl. RM 6.– ausschl. ortsübl. Zustellgeld. Postpreis: RM 5.– einschließl. Postzeitungsgebühr bei zweimalig. Ausgab. 50,[illegible] Pfg., m. Stadt-Blatt [illegible] Pfg., Reichsausgabe 52,84 Pfg. Zuzüglich Zustellgeld bei zweimaliger Ausgabe 72 Pfg., Reichsausgabe 42 Pfg. Im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein beteiligt. Postanstalten. Unter Streifband Portozuschlag. Einzelpreis: zweimal. Ausgabe: Abend- und I. Morgenblatt (vereinigt): 20 Pfg. II. Morgenblatt 15 Pfg. Montag Morgenblatt 20 Pfennig. Reichsausgabe: täglich 20 Pfg. Sonnt. 30 Pfg. Beiblätter: Technik und Betrieb, Reiseblatt, Die Frau, Literaturblatt, Hochschule und Jugend, Sportbl., Börsen- u. Wirtschaftskal.

ANZEIGEN-PREIS
lt. Preisliste Nr. 10. Millim.-Zeile [illegible] Pfg. Rubrik. lt. Sonderpreisliste Nachlaßstaffel C. Platz- u. Datenwünsche ohne Verbindlichkeit

Störungen d. höhere Gewalt berechtig. nicht zu Ersatzansprüch. Anfragen u. unverlangt. Einsendungen ist Rückporto beizufügen.
Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung) und Handelsblatt (Neue Frankfurter Zeitung)
Begründet von Leopold Sonnemann

Fernsprech-Sammel-Nr.: Ortsruf 20202, Fernruf 20301 — Drahtanschrift: Zeitung Frankfurtmain — Postscheck: Frankfurt-M. 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen:
Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 31–37, Schillerstraße 19–24, Ortsruf 20202, Fernruf 20301. Berlin W 35, Kurfürstenstraße 14[illegible], Fernruf 22[illegible]. Hamburg, Anzeigen: Sauerwall 18–19, Fernruf [illegible], Vertrieb: Alsterarkaden 9, Fernr. [illegible]. Hannover, Anz.: Alte Celler Heerstr. 27, Fernr. [illegible], Vertr.: Windmühlenstr. 1, Fernr. [illegible]. Köln a. Rh., Anz.: Hohenstaufenring 14–16, Fernr. [illegible], Vertr.: Hohenstaufenring 18, Fernr. [illegible]. Leipzig, Anz.: C 1, Salomonstr. 1[illegible], Fernruf [illegible], Vertr.: C 1, Talstr. 2, Fernruf [illegible]. München, Anz.: München 23, [illegible]str. [illegible], Fernruf [illegible], Vertr.: Maximiliansplatz 1[illegible], Fernruf 12[illegible]. Stuttgart, Anz.: Kronprinzstraße 22, Fernr. [illegible], Vertr.: Stuttgart-N., Friedrichstraße 23a, Fernr. [illegible]. Wien VII, Siegmundsgasse 15, Fernruf [illegible]. Paris 8, 44, Rue de Lisbonne, Fernr. Laborde 24–0[illegible]. London SW 1, 35, [illegible] Mansions, Carlisle Place, Fernr. Victoria 11[illegible]. Amsterdam C, Vertr.: Keizersgracht [illegible]. Zürich, Bahnhofstr. [illegible], Eingang Uraniastraße 4, Fernruf [illegible].

Weitere Zweigstellen an den größeren Orten.

„Freundliche Worte."

Zum Echo der letzten Reden Adolf Hitlers.

Nb Berlin, 10. November.

Herr Churchill hat vor kurzem in der „Antwort", die er auf die Weimarer Rede des Führers und Reichskanzlers geben wollte, Verwunderung darüber geäußert, daß seine vielen großen Erfolge Adolf Hitler nicht etwas weicher und entgegenkommender gemacht hätten. In England wie auch in Frankreich zeigte man sich nach den drei letzten Reden Hitlers darüber enttäuscht, daß in ihnen keine Worte der Anerkennung gefallen seien für Chamberlain und für Daladier, nachdem diese Staatsmänner den Mut gehabt hätten, eine auf Deutschlands Ansprüche eingehende Politik einzuschlagen, die man noch wenige Wochen, ja Tage vorher für unmöglich gehalten habe. Ein solches Wort der Anerkennung, meinte man, wäre als etwas Wertvolleres als eine bloße Höflichkeit empfunden worden und hätte sich als Stütze der Politik ausgewirkt, die der englische Premierminister und der französische Ministerpräsident vertreten. Freilich sind derartige aus dem Ausland kommenden „Stützen" für einen Staatsmann ein zweischneidiges Schwert; sie können sehr leicht von der Opposition zu einer Waffe für ihre Ziele umgeschmiedet, als Einmischung und als Belastung der Regierung gedeutet werden; eine solche Zurückhaltung auf diesem Gebiet mag also, wenn einen selbst das Herz zu wärmeren Worten drängte, im Sinne der politischen Klugheit liegen. Und es bleibt auch zu erwähnen, daß viele Berichterstatter und Redakteure gerade die härtesten und entschiedensten Worte der Reden hervorgehoben und andere, von ihrem Standpunkt aus positivere, entweder unterschlagen oder in den Schatten jener anderen gestellt haben, so daß also der beklagte Eindruck der Reden von ihnen selbst verantwortet oder mindestens mitverantwortet werden müßte.

Doch dies nur nebenbei. Es ist Tatsache, daß der Ton der deutschen Politik gegenüber dem Verlangen nach warmklingenden Aeußerungen, das sich in Frankreich und England geltend macht, zurückhaltend, ja kühl bleibt. Adolf Hitlers Münchener Rede hat auf die Fragezeichen, die hinter diese Zurückhaltung gesetzt werden, einige Antworten gegeben oder angedeutet. Das Wichtigste ist, daß die warmen und positiven Töne, die man manchmal von Paris und von London hört, nicht die einzigen sind, die es dort gibt, sondern daß andere in der öffentlichen Meinung sogar überwiegen. Ist die Richtung, die den Weg des freundschaftlichen Verständnisses für Deutschland mit allen logischen Folgerungen gehen will, so schwach, daß sie glaubt, der Stützung von außen zu bedürfen? Aber nur Stützen, die aus dem Innern eines Landes kommen, sind wirklich haltbar. Bei uns kann man die Stimmen, die vor jenem Weg des Verständnisses warnen und die das gezeigte Verständnis für eine gerechtere Ordnung in Europa nur als eigene Schwäche empfinden, nicht überhören; sie könnten die Politik unserer Nachbarn von morgen tragen. Dieser Grund der Zurückhaltung ist in der Münchener Rede ausführlich behandelt worden. Man hat sich im Ausland über seine Bedeutung vielleicht nicht voll Rechenschaft gegeben.

Es ist aber noch mehr zu sagen. „Wenn man also von Verständigung redet," erklärte Adolf Hitler in München, „so wissen wir nicht, über w a s wir uns verständigen sollen." Es fehlt also an einer eigentlichen Substanz, auf die sich Vereinbarungen und Verständigungen (auf politischem Gebiete) beziehen sollten. Die Verständigung über das Sachliche ist (wenn man die koloniale Frage einmal ausschaltet) schon vorhanden; sie braucht nicht erst durch den Austausch guter Worte ohne konkreten Inhalt herbeigeführt zu werden, und könnte auch gar nicht auf diesem Wege entstehen. Wenn das Verhältnis auf diese Weise vorerst kühl bleibt, so ist das nach der Geschichte der vorangehenden Jahre im Grunde nicht erstaunlich. Man muß einer größeren Herzlichkeit Zeit geben, sich zu entwickeln, und erst die Zukunft kann zeigen, ob die englische und die französische Opposition der sachlichen Verständigung zwischen der deutschen Regierung und den jetzigen Regierungen Frankreichs und Englands Dauer gewähren wird. Auf dem sachlichen Verhältnis allein kann sich aber eine Herzlichkeit der Beziehungen entwickeln; sonst bleiben Worte, die den Versuch machen, der Wirklichkeit vorauszueilen, bloße Phrasen.

Und endlich: Im Verhältnis von Regierung zu Regierung bleibt sachliche Nüchternheit in jedem Fall die einzige Grundlage. Herzlichkeit und Wärme sind Eigenarten, die das Verhältnis von Mensch zu Mensch, auch von Volk zu Volk auszeichnen können, nicht das Verhältnis von Staat zu Staat. Um das Verhältnis von Staat zu Staat aber handelt es sich zunächst einmal. Es ist möglich, ja man darf hoffen, daß es mit der Zeit stärker von den wärmeren, fruchtbareren persönlichen Verhältnissen unterbaut werden kann. Doch das kann nicht von heute auf morgen geschehen; es ist besonders schwer zu verwirklichen, wenn die den Staat repräsentierenden Persönlichkeiten in einer wechselvollen Flucht der Erscheinungen stehen, wenn nicht sie die alleinigen Repräsentanten sind, sondern sich mit ihren eigenen Gegnern in diese Aufgabe teilen. Darum ist es durchaus folgerichtig, wenn der „Abgeordnete des deutschen Volkes" Adolf Hitler mit dem „Abgeordneten des englischen Volkes" (freilich nur eines Teils des englischen Volkes) „die Klinge kreuzt". Herr Churchill erklärt, das als Einmischung in innerenglische Verhältnisse empfunden zu haben; von dem Standpunkt aus, den Hitler in München dargelegt hat, wäre es viel eher eine Einmischung, wenn man mit der Unterstellung arbeitete, daß die gegenwärtige Regierung oder eine Regierung ihrer Richtung ewig im Amte bliebe; das Interesse Deutschlands, daß sie bleibe, wäre dann übermäßig stark und könnte zur „Einmischung" viel eher verführen. Erschwert man dem neuen Kurs in England und in Frankreich dadurch seine Fortentwicklung? Das Urteil darüber steht Deutschland nicht zu; es wäre selbst schon eine Einmischung.

Der Kurs kann schließlich auch nicht anders erleichtert werden, als dadurch, daß die tatsächliche Haltung der deutschen Politik und ihre Absichten ungeschminkt dargestellt wird. Daß England und Frankreich weder für ihr Territorium noch für ihre im Bereiche der Welt liegenden Interessen etwas zu fürchten haben, ist wiederholt und bindend erklärt worden. Diese Feststellungen bedeuten gewiß nicht, daß Deutschland zu einem engeren politischen Verhältnis, zu einem Verzicht auf die Vorsichtsmaßnahmen gegenüber der Aufrüstung seiner Nachbarn nur kommen könnte, wenn dort an Stelle der parlamentarischen Demokratie autoritäre Systeme herrschten; aber nötig wäre, daß ein außenpolitischer Kurs im Sinne des Münchner Abkommens und der deutsch-englischen Erklärung so gesichert wäre, daß er nicht durch einen Regierungswechsel im Gefolge einer Wahl von Grund auf verändert werden könnte. Die Außenpolitik Deutschlands ist frei von internationalen Ideologien und Sentimentalitäten in einem Maße, das sich erklärt aus den Enttäuschungen, die es mit solchen Ideologien seit 1918 erlebt hat. In ihrem sachlichen Inhalt ist sie darum nur um so klarer. Sie schließt die Respektierung der Rechte und Ansprüche Frankreichs und Englands nicht nur nicht aus, sondern macht sie geradezu zur Vorbedingung ihres Systems. Und dieser sachliche Inhalt sollte für die internationale Verständigung eine bessere Grundlage bilden, als verbindliche Worte es könnten.

Ein Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels.

Berlin, 10. November. (DNB.) Reichsminister Dr. G o e b b e l s gibt bekannt:

„Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung, beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden."

Waffenbesitz für Juden verboten.

Eine Anordnung des Reichsführers SS Himmler.

München, 10. November. (DNB.) Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei hat folgende Anordnung erlassen:

„Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, ist j e g l i c h e r W a f f e n b e s i t z v e r b o t e n. Zuwiderhandelnde werden in Konzentrationslager übergeführt und auf die Dauer von zwanzig Jahren in Schutzhaft genommen."

Tagesschau.

Politik:

Leitartikel: Amerika am Scheidewege? — Seite 3

„Freundliche Worte" / Zum Echo der letzten Rede Adolf Hitlers. Von Nb-Berlin — Seite 1

Kamal Atatürk / Der Schöpfer der neuen Türkei — Seite 1

Am grünen Tisch — Seite 3

Handel:

Schuldentilgung der Kommunen — Seite 7

Pariser Währungskombinationen — Seite 7

Feuilleton:

Der Uebertritt / Westdeutsche Chronik / Kunst-Ausstellungen / Das Stroß-Quartett spielt Beethoven — Seite 6

Technik und Betrieb

Die neuen Rundfunkgeräte 1938/39 / Eine Uebersicht über die Fortschritte der Empfangstechnik — In Kupfertiefdruck

Die Freundschaft Tschungking—Moskau.

Der Wunsch nach stärkerer Unterstützung durch die Sowjets.

(Funkmeldung der „Frankfurter Zeitung".)

LA Tschungking, 10. November. Die Tagung des P o l i t i s c h e n V o l k s r a t e s wurde gestern beendet. Im Gegensatz zur Julitagung verhielt sich die Kritik der linken Opposition in gemäßigteren Formen und betraf nicht eigentlich die nationale Politik, sondern hauptsächlich wirtschaftliche Fragen. Es hat sich gezeigt, daß die verschiedenen Gruppen und Parteien in einem Augenblick der nationalen und militärischen Krise ihre Sonderinteressen zurückstellten. Der Sprecher der chinesischen Regierung und Mitglieder des Volksrates wandten sich ausländischen Journalisten gegenüber scharf gegen die Auffassung, die Regierung und der Volksrat stünden unter kommunistischem Einfluß. Die chinesischen Kommunisten seien nach der Aufgabe der marxistischen Grundsätze zur demokratischen Mitarbeit herangezogen worden, ebenso wie alle anderen Parteien, die Freundschaft mit den Sowjetrussen sei nur eine außenpolitische, nicht eine innerpolitische Angelegenheit.

Nicht nur die Sitzungen des Volksrates, sondern auch die tatsächlichen Verhältnisse scheinen zu beweisen, daß die Regierung die Lage noch fest in der Hand hat. Gegen die Kommunisten, die sich nicht an die Abmachungen halten, wird scharf vorgegangen. Kommunistische Veröffentlichungen, die die Parteidisziplin nicht einhalten, werden von der Polizei beschlagnahmt. Während sich aber die Regierung in den innerpolitischen Dingen gegenüber den Kommunisten durchzusetzen scheint, ist dies in den außenpolitischen Fragen weniger der Fall. Während ein großer Teil der Presse eine neutrale Haltung gegenüber Deutschland einnimmt, schreibt das hiesige kommunistische Blatt scharfe deutschfeindliche Artikel. In den letzten Tagen fanden hier am Jahrestag der russischen Sowjetrevolution Feiern statt. Die Zeitungen brachten lange Artikel über die chinesisch-sowjetrussische Freundschaft mit Bildern von Lenin und Stalin. In den Kinos laufen Sowjetfilme, außerdem finden in Sowjetausstellungen Empfänge statt. Der Jahrestag der russischen Revolution ist früher in China nicht in dieser Weise gefeiert worden. Die Betonung der außenpolitischen Freundschaft ist zum Teil auf den Wunsch Chinas zurückzuführen, stärkere Unterstützungen als bisher von den Sowjets zu erhalten, zum Teil aber auch auf die Bemühungen des bekannten Rußlandfreundes S u n F o, des Präsidenten des Gesetzgebenden Ausschusses. Daß die Regierung aber kaum mit dieser starken Betonung der Sowjetfreundschaft einverstanden ist, ergibt sich wohl daraus, daß in denselben Tagen Vorträge und Rundfunkreden über die d e u t s c h e P o l i t i k und den deutschen Volkscharakter gehalten wurden. Auch bemüht sich der größte Teil der Presse, Verständnis für die Rede Adolf Hitlers und für die Ziele der deutschen Politik aufzubringen.

Man meint hier, daß die Tagung der K u o m i n t a n g, die für den 15. Dezember anberaumt ist, innerpolitisch von Bedeutung werden kann.

Wie Amerika gewählt hat.

Das vorläufige Gesamtergebnis.

(Funkmeldung der „Frankfurter Zeitung".)

M Washington, 10. November. Bei den über Nacht fortgesetzten Zählungen hat sich herausgestellt, daß die Zunahme der republikanischen Stimmen noch beträchtlicher ist, als man zunächst angenommen hatte. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen setzt sich das R e p r ä s e n t a n t e n h a u s wie folgt zusammen: Demokraten 261 (bisher 328), Republikaner 167 (88), Farmer und Unabhängige 2 (20). Im S e n a t werden vertreten sein: 66 Demokraten (75), 23 Republikaner (15), Progressive 1, Unabhängige 1. Von den 32 neu zu besetzenden G o u v e r n e u r s p o s t e n fielen 17 an die Republikaner und 15 an die Demokraten. Die Republikaner haben damit 11 neue Gouverneursposten errungen. In allen 48 Bundesstaaten wird es also künftig 30 demokratische und 18 republikanische Gouverneure geben.

Die Koalition zwischen den Republikanern und den „konservativen" Demokraten könnte der Regierung also sehr ernste Schwierigkeiten bereiten, wenn Roosevelt sich in den nächsten beiden Jahren seiner Präsidentschaft, in denen er mit dem neuen Kongreß zusammenarbeiten muß, sich nicht auf Maßnahmen beschränken würde, die auf b e i d e n Seiten unbestritten sind. Es ist anzunehmen, daß vor allem die Steuerpolitik, das Programm für öffentliche Bauten, die Reform des das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft regelnden Gesetzes (Wagner Labor Relations Act) und die Budgetverwaltung von dem im Januar zusammentretenden Kongreß unter Berücksichtigung der neuen Konstellation in gemäßigtere Bahnen gelenkt werden dürfte. Ob die Republikaner indessen, von der unternehmerfreundlichen Gruppe der Demokraten unterstützt, tatsächlich, wie sie glauben möchten, den Ton angeben werden, ist noch fraglich. Ebenso bleibt es abzuwarten, ob sich ihre Hoffnungen auf einen konservativen Präsidenten im Jahre 1940 erfüllen werden. Allerdings haben die Republikaner gerade in Staaten wie New York und New Jersey, in denen die Demokraten nur mit einer schwachen Mehrheit siegten, eine überraschende Stärke erreicht, so daß eine R ü c k k e h r der Republikaner zu größerer politischer Macht keineswegs als ausgeschlossen bezeichnet werden darf. Die rückläufige Bewegung von den Demokraten zu den Republikanern wird um so mehr beachtet, als gerade die in den letzten Monaten wiedereinsetzende günstige konjunkturelle Entwicklung eigentlich den Demokraten hätte zugute kommen müssen. (Vergleiche auch den Leitartikel auf Seite 3.)

Abstimmungsniederlage der bulgarischen Regierung.

)(Budapest, 10. November. In der Sobranje in Sofia kam es in einer eigenartigen Frage zu einer Ueberraschungsniederlage der Regierung. Zur Debatte stand ein an sich höchst nebensächlicher Punkt des Budgets, nämlich die Anschaffung einer Rotationspresse für die Regierungsblätter „Dnes" und „La Bulgarie". Die Opposition wie auch einige Vertreter der Mehrheit sprachen sich dagegen aus. Nach Unterstützung des Antrags durch den Finanzminister Gunew kam es zu einer namentlichen Abstimmung, die für die Regierungsvorschläge keine Mehrheit brachte. Der Finanzminister zog darauf die Vorlage zurück, worauf der Kammerpräsident die Sobranje auf unbestimmte Zeit v e r t a g t e.

Das Programm des rumänischen Staatsbesuchs in London.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

✕ London, 10. November. K ö n i g C a r o l vom Rumänien wird am Dienstag, den 15. November, zu einem Staatsbesuch in England eintreffen. Der Herzog von Kent ist beauftragt worden, ihm bis Dover entgegenzufahren. Am Londoner Victoria-Bahnhof werden König Georg VI. und der Herzog von Gloucester den rumänischen Monarchen begrüßen, in dessen Begleitung sich K r o n p r i n z M i c h a e l befinden wird. Am Dienstagabend wird dem rumänische Besucher von dem britischen Königspar im Buckingham-Palast ein Staatsbankett gegeben werden. Am Mittwochmittag werden König Carol und Kronprinz Michael in der Guidhall Gäste des Lord Mayors der City von London sein. Am Abend des Mittwoch will König Carol das britische Königspaar zu einem Bankett in die rumänische Gesandtschaft bitten. Im Anschluß daran soll dann ein Empfang im Buckingham-Palast stattfinden. Am Donnerstag wird König Carol Teil der britischen Luftwaffe und Truppen besichtigten. Am Abend wird ihm ein Essen im Foreign Office gegeben werden. Die Abreise des rumänischen Monarchen ist auf Freitagmorgen angesetzt worden. Zu dem Gefolge Carols wird auch der rumänische Außenminister Petrescu C o m n e n gehören.

Kaschau besetzt.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Ju Budapest, 10. November. Heute erreichten die ungarischen Truppen die Stadt K a s c h a u und damit die nördlichste Demarkationslinie des von der Tschecho-Slowakei abgetrennten oberungarischen Gebietes. Der feierliche Einzug dort wird zum ersten Male auch auf den Straßen Budapests durch Lautsprecher übertragen werden. Es sollen wieder alle Glocken des Landes läuten. Gestern und heute wurden Kundgebungen zu Ehren Lord Rothermeres veranstaltet. Der Präsident des Landesverbandes der Frontkämpfer, der Reichstagsabgeordnete Graf Takach-Tolvay, sagte dabei, man dürfe Europa nicht in einem Mißverständnis belassen. Damit, daß einige ungarische Städte zurückgegeben seien, sei die Rechnung mit dem übrigen Europa noch nicht beglichen. Es fehle noch die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze, und auch die alte ungarische Krönungsstadt Preßburg sei nicht zurückgegeben. Die Menge antwortete mit Zurufen: „Alles zurück." Lord Rothermere aber mahnte in seiner Erwiderung: „Als Deutschland und Italien den Schiedsspruch auf sich genommen hatten, hat Ungarn einen Beweis seines Vertrauens diesen Staaten gegenüber gegeben, und dieses Vertrauen war auch vollauf gerechtfertigt. Hitler und Mussolini haben für die Wahrheit gekämpft und haben der Gerechtigkeit einen Dienst erwiesen."

Der Reichsverweser empfing heute vormittag den ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Stefan B e t h l e n in einer Privataudienz, die mehr als eine Stunde lang dauerte.

✠ Berlin, 10. November. Reichsjugendführer Baldur von Schirach hat den Führer der sudetendeutschen Volksjugend Franz K a u p b e r g e r zum Gebietsführer des Gebietes Sudetenland der HJ ernannt, und ihm gleichzeitig für seine Verdienste um die sudetendeutsche Jugendarbeit den Ehrendolch verliehen.

Kamal Atatürk gestorben.

Der Schöpfer der neuen Türkei.

Der türkische Staatspräsident K a m a l A t a t ü r k ist am Donnerstag um 9.05 Uhr gestorben. Der Präsident des Parlaments hat nach der Bestimmung der Verfassung zunächst das Amt des Staatspräsidenten übernommen.

In Mustafa Kamal, der seinem Namen die ehrenvollen des „Siegers" (Ghasi) und des „Obersten Türken" (Atatürk) zufügen konnte, verliert die türkische Nation den Mann, dem sie allein verdankt, was sie heute ist. Der neue robuste Staat, geboren aus dem Nationalbewußtsein Anatoliens, seines Kernlands, die nach innen und außen konsolidierte Republik, die an die Stelle des „kranken Mannes am Bosporus" getreten ist, ist sein Werk, das Werk eines Einzelnen. Es gibt auch in unserer an Umwälzungen reichen Epoche nur wenige Revolutionen, die so in die Tiefe gedrungen sind wie die in der Türkei. Vor dem Weltkrieg war das Osmanische Reich eine Quelle der Verwirrung für die internationale Politik gewesen, seine Desorganisation und die Unterdrückung fremder Völker innerhalb seiner Grenzen hatten geradezu zu Interventionen von außen eingeladen, die selten ohne eigensüchtige politische Interessen waren. Konstantinopel war ein Schlachtfeld der Eifersucht rivalisierender Großmächte. Die aus der Agonie des Kalifats und dem Zusammenbruch des Weltkrieges gerettete Türkei dagegen, die sich bewußt auf ihr vorderasiatisches Stammland zurückzog, ist ein Land des Fortschritts und eine Stütze des Friedens am östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten geworden. Die Wandlung, die sich rasch und radikal vollzogen hat, geht mit dem Leben Kamal Atatürks genau überein, sie ist in keinem ihrer vielfältigen Züge von seiner Persönlichkeit zu trennen, sein Wille hat sie immer wieder vorangetrieben, so daß schließlich die Ideen des ersten Staatspräsidenten zu denen des Volkes wurden.

Soldat, Revolutionär, Staatsmann.

Von Anbeginn ist Kamal, dem Sohn eines Zolldirektors, nichts leicht gemacht worden. Er hat sich den Weg zur Macht durch lange Jahre, in denen er nichts so gründlich und bitter lernen mußte wie das Warten, Schritt für Schritt erkämpfen müssen. Der frühe Tod seines Vaters beugte schon den Rücken des Knaben, er mußte seine Heimatstadt Saloniki verlassen und auf dem Dorfe das Vieh seines Onkels hüten. Eines Tages öffnete sich ihm dennoch in Saloniki das Tor der Mittelschule; bald wurde es ihm jedoch wieder versperrt, als er wegen „Eigensinns" relegiert wurde. Schließlich fand er die ihm gemäße Lehrstätte in der Militärschule in Saloniki. Mit 23 Jahren hatte Mustafa Kamal 1906 das Hauptmannspatent, aber er machte sich unbeliebt, kam ins Gefängnis und wurde nach Damaskus verbannt. Es blieb ihm offenbar nur noch übrig, im Kampf gegen aufständische Stämme in Hauran einen anständigen Soldatentod zu finden. Aber der Rebell fiel nicht. Zur Zeit der jungtürkischen Revolution vom Jahre 1908, der Sturm- und Drangzeit des erwachenden türkischen Nationalismus, hatte er, als Hauptmann dem Generalstab des Armeekorps in Saloniki zugeteilt, eine kleine Gruppe von Anhängern um sich versammelt. Unterhaltungen, die er in ihrem Kreise führte, zeigen, wie sehnsüchtig er radikale Reformen für sein Vaterland herbeiwünschte. Es wird überliefert, daß er sich einmal im Gespräch über seine Pläne an einen Zuhörer mit den Worten gewandt habe: „Falls wir dies alles verwirklichen sollten, wirst d u Ministerpräsident." Worauf der künftige Ministerpräsident ihn gefragt habe: „Schön, aber was wirst du werden?" Seine bestimmte Antwort habe gelautet: „Ich werde die Stellung haben, die mir ermöglicht, Ministerpräsidenten zu ernennen."

Damals begann er den Kampf für seine Ideen. Es war die Zeit, da die aktiven Offiziere der Partei „Einheit und Fortschritt" angehörten. Später war Mustafa Kamal vorübergehend Präsident ihres Kongresses; die Partei aber ließ, um sich seiner zu entledigen, mehrfach durch ihre Geheimkomitees Attentate gegen ihn vorbereiten, denen er jedoch immer entging. Der junge Generalstabsoffizier vermochte dank seinen soldatischen Fähigkeiten und der Festigkeit seines Charakters Einfluß auf seine Vorgesetzten zu gewinnen und viele seiner Ansichten bei ihnen durchzusetzen. Als Italien im Jahre 1911 Tripolis eroberte, meldete er sich an die Front und schlug sich auf abenteuerlichen Wegen mit anderen Offizieren und mit einer kleinen Schar nach Tripolis durch, obwohl ein afrikanischer Feldzug für die türkischen Waffen von vornherein kaum Aussicht auf Erfolg haben konnte. (Um jene Zeit war die Regierung der Partei „Einheit und Fortschritt" bereits gestürzt und an ihre Stelle eine reaktionäre Opposition getreten.) Im ersten Balkankrieg kehrte Mustafa Kamal, wiederum auf Schleichwegen über Aegypten, Italien, Oesterreich-Ungarn und Rumänien, in die Heimat zurück. Der kluge Soldat war nicht erstaunt darüber, daß der Krieg für den Sultan und für die Jungtürken unglücklich endete. Er war einer derjenigen, die den Gegenstoß vorbereiteten, er zeichnete sich aus bei der Rückeroberung von Adrianopel, er wurde zum Oberstleutnant befördert, aber nach dem Friedensschluß nur zum Militärattaché in Sofia ernannt. Ein wortkarger, eckiger, düsterer Mann — so wird er in dieser Zeit geschildert.

Bereits zu Beginn des Weltkrieges war Mustafa Kamal ein Gegner des Eintritts der Türkei in den Krieg; er hat dies auch wiederholt in Briefen an seine Freunde ausgesprochen. Da aber das Osmanische Reich bereits diesen Schritt vollzogen hatte, gab es für ihn nur die Aufgabe, zu dienen. Als er nach Istanbul zurückkehrte, ernannte ihn sein Nebenbuhler Enver Pascha, der nach dem Balkankrieg die Partei „Einheit und Fortschritt" wieder zur Regierung gebracht hatte, zum General und übertrug ihm die Führung einer Division. Sie führte zwar eine Nummer, stand aber in Wirklichkeit nur auf dem Papier. Er bildete aus den im Lande verstreuten militärischen Einheiten den Kern einer neuen Truppe, die er nach Gallipoli führte, wo General Liman von Sanders den Oberbefehl hatte. Nach mehreren militärischen Erfolgen wurde er zum kommandierenden General ernannt, und nach der Schlacht von Anafarta verehrte ihn das ganze Land als den Retter Istanbuls. Die deutschen Offiziere, die an den Dardanellen mit ihm zu tun hatten, schilderten ihn als einen Menschen, mit dem kein rechtes Auskommen war, aber als einen tapferen Offizier, der sich durch große Umsicht und bei zahlreichen Gelegenheiten durch persönlichen Mut auszeichnete. Bei der Abwehr der englisch-französischen Angriffe stand er an entscheidender Stelle. Die Gegner Enver Paschas, der in seinen Kämpfen gegen die Russen geschlagen worden war, sahen in Mustafa Kamal bereits insgeheim den künftigen Führer. Nach dem Siege von Anafarta ließ ihn Enver daher unter dem Vorwand einer Meinungsverschiedenheit von der Front zurückrufen und schickte ihn später an die entlegene Kaukasusfront.

Anstatt mit dem Oberbefehl über die Armee betraut zu werden, mit der er das Schlimmste für die Türkei verhüten wollte, wurde Mustafa Kamal gegen Ende des Krieges auf den Posten des Befehlshabers einer Armee in Syrien abgeschoben. Dort erlebte er dann den Zusammenbruch. Er las

© Frankfurter Societäts-Druckerei